

Gesundheit und Ordnung
Frau Krusemark, FB Personal und Organisation
Frau Hartmann, Beteiligungsmanagement
Frau Rigot, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Herr Müller-Zinsius, Pro Potsdam
Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung

weitere Gäste – siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.10.2014
- 3 Außerplanmäßige Auszahlung zur Unterstützung der Technologie- und
Gewerbezentren Potsdam GmbH bei der Vorbereitung zur Schaffung von
Mietflächenangeboten für KMU im Wissenschaftspark Potsdam-Golm
Vorlage: 14/SVV/1021
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP
Vorlage: 14/SVV/0275
Fraktion SPD
zur Erledigung
neue Fassung vom 24.09.2014
- 4.2 Azubiwohnheim voranbringen
Vorlage: 14/SVV/0349
Fraktion SPD
- 4.3 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0889
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 4.4 Luftschiffhafen
Vorlage einer Kostenaufstellung für die Dachsanierung - aus HA 02.07.14
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Zwischenbericht - Leitbildentwicklung
aus HA 24.09.14 - TOP 4.1
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begründet den späteren Beginn. Die Stadtverordnetenversammlung hat diesen per Beschluss festgesetzt, um die Fortsetzung der 5. Sitzung durchführen zu können. Die Öffentlichkeit ist mit einem Aushang am Sitzungsraum 280a darüber informiert worden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.10.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese in folgenden Punkten zu ändern:

Streichung des Tagesordnungspunktes 5.1 - Zwischenbericht – Leitbildentwicklung. Er weist darauf hin, dass es diesbezüglich einen Termin der Lenkungsgruppe mit den Fraktionen am 14.11.14/17:00 Uhr im Plenarsaal gibt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 5. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.10.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Außerplanmäßige Auszahlung zur Unterstützung der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH bei der Vorbereitung zur Schaffung von Mietflächenangeboten für KMU im Wissenschaftspark Potsdam-Golm Vorlage: 14/SVV/1021

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Frerichs bringt die Vorlage ein und betont in seinen Ausführungen, dass das Land die entsprechenden Grundstücke kostenfrei zur Verfügung stelle.

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor; die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. **Außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 263.400 € zur Unterstützung der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH bei der Vorbereitung zur Schaffung von Mietflächenangeboten für KMU im Wissenschaftspark Potsdam-Golm.**
2. **Der Betrag von 263.400 Euro wird in die Kapitalrücklage der**

**Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH im
Wirtschaftsjahr 2014 eingestellt.**

- 3. Die Gesellschafterversammlung der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH wird ermächtigt, einen Gesellschafterbeschluss über die Einstellung in die Kapitalrücklage zu fassen.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP

Vorlage: 14/SVV/0275

Fraktion SPD

zur Erledigung

neue Fassung vom 24.09.2014

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die von der Fraktion SPD ausgereichte neue Fassung und die an die Fraktionen übergebene rechtliche Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Klipp betont in seinen Ausführungen, dass er nach eingehender Prüfung keine gesetzliche Ermächtigung für die beantragte Regelung sehe und empfehle, auf die privaten Bauherren im Rahmen der politischen Willensbildung zuzugehen und für dieses Anliegen zu werben.

Daran anschließend merkt Frau Krusemark an, dass auf Grund der fehlenden Rechtsgrundlage zwischen privaten und öffentlichen Belangen abgewogen werden müsse. Die Einschnitte in die privaten Belange wären aber mit der angestrebten Änderung der Kinderspielplatzsatzung so groß, dass ein diesbezüglicher Beschluss zu beanstanden wäre.

Herr Heuer meint, dass ihn die Stellungnahme der Verwaltung erstaune und er darin keine Abwägung sehe, was er an einzelnen Beispielen erläutert.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er es „leid“ sei, sich mit diesem Thema beschäftigen zu müssen und er sich darüber wundere, dass keine einvernehmliche Lösung gefunden werde. Die Fraktion DIE LINKE wird dem Antrag zustimmen, und zwar deshalb, weil eine Lösung im Sinne des Antrags der Fraktion SPD gewollt sei. Dann werde man sehen, was passiert.

Auf die Nachfrage von Herrn Linke, ob sich aus dem Gesetz ein ausdrückliches Verbot ableiten lässt, entgegnet Frau Krusemark, dass es keine ausdrückliche Ermächtigung gebe und deshalb abgewogen werden müsse. Die Verwaltung tue dies so, wie in der Stellungnahme vom 22.10.14 dargestellt.

Herr Kirsch betont, dass jeder Grundstückseigentümer ein Hausrecht habe und kein Dritter vorschreiben könne, wer ein Grundstück betreten darf.

Nach einem weiteren kontroversen Meinungs austausch wird der Antrag der Fraktion SPD in folgender Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam wird wie folgt ergänzt:

§ 2 wird § 2 Abs. 1

Neu eingefügt wird

§ 2 Abs. 2:

Flächen, die nach Nr. 2 und 3 errichtet werden, sollen öffentlich zugänglich sein, soweit nicht tatsächliche Gegebenheiten (z.B. Hoflage und vollständige Umbauung) dies ausschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	7

zu 4.2 Azubiwohnheim voranbringen

Vorlage: 14/SVV/0349

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert eingangs darüber, dass der Ausschuss für Bildung und Sport diesen Antrag wegen Nichtzuständigkeit nicht beraten habe und bittet um Wortmeldungen.

Frau Dr. Müller führt aus, dass dieses Anliegen ein Defizit voraussetze, was es aber laut der Kammern nicht gebe. Herr Heuer führt aus, dass der Anlass, diesen Antrag zu stellen, Informationen über entsprechende Engpässe gewesen seien.

Frau Müller-Preinesberg legt dar, dass es hier zwei verschiedene Gruppen gebe, die zu versorgen seien. Zum einen die Azubis der Oberstufenzentren, für die das Angebot ausreiche, und zum anderen die Azubis, die in Potsdam, egal wo, eine Ausbildung beginnen wollen. Für Letztere könne der Bedarf nicht genau beziffert werden.

Auf die Feststellung, dass dies für die Stadt keine pflichtige Aufgabe sei, entgegnet Herr Heuer, dass das auch für Studentenwohnheime zutreffen würde. Herr Kirsch sieht hier die Ausbildungsbetriebe in der Pflicht. Herr Linke verweist auf die immer wieder bemängelte Fachkräftesituation und plädiert für ein „ordentliches Lehrgeld“, damit sich die Auszubildenden entsprechend versorgen können.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, weil es allgemein Anliegen sei, dass sich alle in der Stadt wohlfühlen. Ebenso meint Herr Finken, dass es erst einmal um Gespräche geht und das könne nicht schaden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister soll Gespräche mit der IHK Potsdam, der Handwerkskammer Potsdam, der DeHoGa Potsdam sowie der ProPotsdam führen, um mit diesen die Möglichkeiten für Wohnplätze für Azubis zu erörtern. Ziel soll ein Konzept für Azubi-Wohnen sein, bei dem Unternehmen für die eigenen Azubis einen Teil der Miete übernehmen, damit diese hier eine bezahlbare Wohnung finden.

Dies kann auch im Rahmen eines sozialen Wohnungsverbundes zum Beispiel im Neubau des „Atelierhauses“ an der Heinrich-Mann-Allee auf dem Gelände des alten Tram-Depos geschehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

zu 4.3 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 14/SVV/0889

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation

Diese Beschlussvorlage, so der Oberbürgermeister, sei den Fraktionen bereits im Oktober übergeben worden. Änderungsanträge liegen bis auf den der Fraktion DIE aNDERE nicht vor. Das darin enthaltene Anliegen, dass die Beiräte berechtigt sind, zusätzliche Mitglieder mit aktivem Teilnahmerecht (sachkundige Einwohner) für die Berufung in die Ausschüsse vorzuschlagen, sei bereits in der Brandenburgischen Kommunalverfassung geregelt. Deshalb sei bei der Neufassung der Hauptsatzung darauf verzichtet worden.

Frau Krusemark sagt zu, bei Zustimmung zu diesem Änderungsantrag, dies in die Hauptsatzung zu übernehmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam wird neugefasst. (Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam – **Anlage 1**)

sowie

Ergänzung § 15 Ausschüsse in Absatz 1 nach Satz 3:

Die nach § 8,10 und 12 dieser Hauptsatzung gebildeten Beiräte sind berechtigt, zusätzliche Mitglieder mit aktivem Teilnahmerecht (sachkundige Einwohner*innen) für die Berufung in die Ausschüsse vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	5

zu 4.4 Luftschiffhafen

Vorlage einer Kostenaufstellung für die Dachsanierung - aus HA 02.07.14

Frau Runge informiert über den Zeitplan und die Wiedereröffnung der Leichtathletikhalle am 28.11.14, 14:00 Uhr. Die für November avisierte Kostenaufstellung könne noch nicht vorgelegt werden, da noch nicht alle Planungsleistungen abgeschlossen sind – neuer Termin: Ende des I. Quartals 2015.

Trotzdem könne sie jetzt schon sagen, dass das Budget eingehalten, evtl. sogar leicht unterschritten wird.

Im Weiteren beantwortet sie die Nachfragen von Frau Dr. Schröter zu den Nebenkosten und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Komplexität der Dachsanierung.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Zwischenbericht - Leitbildentwicklung
aus HA 24.09.14 - TOP 4.1

zurückgestellt

zu 6 Sonstiges

keine Wortmeldungen